

## WPS Rostocker Friedensbündnis

1. Werden Sie auf eine Grundgesetzänderung hinwirken, durch die Atomwaffen verboten werden?

Derartige Pläne werden durch den SPD-Landesverband M-V derzeit nicht verfolgt.

Sozialdemokratische Außenpolitik ist Friedenspolitik. Sie verfolgt das Ziel, die sozialdemokratischen Grundsätze von Frieden, Verständigung, Dialog und ziviler Konfliktregelung in konkretes Handeln umzusetzen. Dazu zählt auch die Frage der Rüstungsexporte.

Die Entscheidung über Genehmigungen für Kriegswaffenexporte ist nach dem Grundgesetz der Bundesregierung zugewiesen. Rüstungsexportentscheidungen liegen im Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung und unterliegen dabei grundsätzlich der Zustimmung des Bundessicherheitsrates. Dieser muss einen möglichen Auftrag sorgfältig prüfen.

So haben wir Sozialdemokraten in der Großen Koalition durchgesetzt, dass die Rüstungsexportpolitik wieder restriktiver gehandhabt und mehr Transparenz hergestellt wird. Jede Entscheidung des Bundessicherheitsrates muss innerhalb von zwei Wochen an den zuständigen Wirtschaftsausschuss des Bundestages berichtet werden. Außerdem wird der Rüstungsexportbericht nun zeitnah und zweimal im Jahr veröffentlicht. Transparenz und Öffentlichkeit ist die Voraussetzung für eine demokratische Kontrolle. Die neuen Informationspflichten schaffen mehr Transparenz. Dies wird auch zu einer deutlich restriktiveren Exportpolitik beitragen.

2. Welche Vorschläge hat Ihre Partei, wie die für die Aufrüstung der Bundeswehr geplanten Mittel für kommunale und soziale Zwecke genutzt werden könnten?

Etwaige Vorschläge liegen nicht vor. Die Bundeswehr und der Haushalt des Bundesverteidigungsministeriums liegen im Kompetenzbereich des Bundes.

3. Welchen Standpunkt vertritt Ihre Partei zum Einsatz der Bundeswehr im Innern?

Das neue Weißbuch der Bundeswehr bekräftigt, dass Bundeswehr-Einsätze im Innern nur in eng begrenzten Ausnahmefällen möglich sind. Diese definierten Ausnahmefälle reichen aus. Es bleibt dabei: Soldaten sind keine Hilfspolizisten. Das garantiert die SPD. Die Bundeswehr ist für solche Einsätze weder ausgerüstet, noch ausgebildet.

4. Was werden Sie tun, um die Bundeswehr aus Bildungseinrichtungen herauszuhalten?
5. Was werden Sie tun, um die Bundeswehr aus Sportvereinen herauszuhalten?

Die Fragen 4 und 5 werden zusammenhängend beantwortet.

Die SPD hält die zwischen dem Bildungsministerium und dem Wehrbereichskommando I Küste der Bundeswehr bestehende Kooperationsvereinbarung für richtig und wichtig. In der Vereinbarung ist explizit festgelegt, dass Beiträge von Vertretern der Bundeswehr den Grundsätzen des sog. "Beutelsbacher Konsenses" (Prinzip der Nicht-Überwältigung, Prinzip

der Kontroversität, Prinzip der Schülerorientierung) entsprechen müssen. Eine Werbung für Tätigkeiten innerhalb der Bundeswehr ist gemäß Vereinbarung ausgeschlossen.